

der Kampf
der roten Kommune
Mörfeiden





Titelblatt
einer Broschüre aus dem
Jahre 1932

Aufführung
der Theaterszenen
„1932-1933“
im Heimatmuseum
Mörfelden im
September 2006



**Neues Interesse.
Nach der Aufführung
von Theaterszenen im
Heimatmuseum
Mörfelden und einem
gekürzten
Abdruck eines
Berichtes aus dem
Jahre 1932 in der
Stadtzeitung der DKP
„blickpunkt“ gab es
eine Reihe von
Anfragen zu diesem
Thema.
Deshalb fürs Internet
noch einmal die
Geschichte.
jener Tage.**

Unruhe in Mörfelden

Es wird viel erzählt über diese Märztage des Jahres 1932 in Mörfelden.

„Zweihundert Polizisten besetzten das Dorf“ - „Es wurde geschossen“ - „Der Bürgermeister wurde abgesetzt“ - erzählten ältere Mörfelder, die dabei waren. In der Kirchenchronik lesen wir: „Weit über 1000 Menschen zogen vors Rathaus und bedrohten die Polizei und die Vertreter des Kreisamtes - 70 bis 80 Einwohner wurden verhaftet - Mörfelden glich zeitweise einem großen Truppenlager - die Schule musste ausfallen, da dort das Hauptquartier der Polizei war.“ Was war damals eigentlich los?

Das Dorf Mörfelden hatte damals knapp 5.000 Einwohner. Es gab nur etwa 25 Bauernfamilien, die große Masse der Bevölkerung waren Arbeiter. Zumeist waren sie als Bauarbeiter in Frankfurt, Mainz, Darmstadt, Groß-Gerau, Rüsselsheim beschäftigt.

Die kapitalistische Krise wirkte sich in Mörfelden besonders krass aus. Der Prozentsatz der Erwerbslosen und damit das Elend in der Gemeinde lag über dem Durchschnitt anderer Orte.

Von der Bahnstation Mörfelden wurden in den Jahren 1926/27 zirka 1.800 Arbeiterwochenkarten ausgegeben, 1930 aber nur noch 300. Der Brotverbrauch sank um ein Drittel, der Fleischkonsum um 50 bis 60 Prozent. Der Umsatz der Gastwirtschaften betrug nur noch ein Drittel des Jahres 1929. Mit einer wachsenden Wohnungsnot stiegen die Krankheitsziffern. Es gab Tuberkulose und Rachitis. Von den damals zirka 1.500 Erwerbslosen waren mehr als die Hälfte ohne Unterstützung.

Im November 1931 wurde der Kommunist Georg Zwilling Bürgermeister. Eine seiner ersten Aktionen war die Erweiterung des Unterstützungsfonds für die Arbeitslosen.

Dann wurden eine Reihe sozialer Maßnahmen beschlossen:

1. Die Erwerbslosen-, Krisen- und Wohlfahrtsunterstützungsempfänger erhalten für ihre Kinder unter drei Jahren pro Kopf und Tag einen Liter Milch auf Kosten der Gemeinde.
2. Die Grundgebühr für das Wassergeld wird für die Dauer der Unterstützung erlassen.
3. Es gibt Mietunterstützung für Unterstützungsempfänger in Neubauwohnungen von acht Mark für die dreiköpfige Familie, von zwölf Mark für die vier- bis fünfköpfige Familie, von 16 Mark für größere Familien.
4. Alle Unterstützungsempfänger erhalten zwei Meter Holz aus dem Gemeindewald und einen Zentner Kohle pro Familie und Woche.

5. Beschäftigungslose Gewerbetreibende erhalten Wohlfahrtsunterstützung.
6. Es gibt Wohlfahrtsunterstützung für alle ledigen Arbeitslosen von drei Mark unter 17 Jahren, von fünf Mark bis 20 Jahre und nach dem allgemein üblichen Richtsatz über 20 Jahre.

Zur Beschaffung der Mittel wurden eine Reihe von Vorstößen beim Kreisamt Groß-Gerau und bei der Regierung in Darmstadt gemacht. Zunächst wollte man die Delegation der Gemeinde, an deren Spitze der Bürgermeister stand, nicht empfangen. Durch die Einmütigkeit und Geschlossenheit der Arbeiterschaft von Mörfelden wurden die Staatsbehörden jedoch gezwungen, Mittel zur Verfügung zu stellen. So musste die Regierung in Darmstadt 6.000 Mark bewilligen.

Unter dem Druck der Bevölkerung stimmte der Gemeinderat den Anträgen des kommunistischen Bürgermeisters zu.

Rote Kommune im Kampf um ihre Behauptung

Barrikaden in Mörfelden

Sturmglöcken dröhnen über die Lande - Der Staatskommissar trifft ein - Einmütige Abwehr der gesamten werktätigen Bevölkerung

Wie schon heute unsere Schilderung der Mörfelder Vorgänge fort. Der heutigen Reportage wird noch eine Fortsetzung folgen.

Die Empörung wächst!

Bis 11 Uhr vormittags ist es ruhig in den Straßen von Mörfelden. Kurz nach 11 Uhr erreicht der erste Kurier einige Mörfelder Arbeiter und erzählt ihnen von der gewaltsamen Verhaftung des roten Beigeordneten Witsch in Groß-Gerau. Das ist neue Blut auf die erbittertesten Gemüter. Wie ein Lauffeuer geht die Nachricht von der Verhaftung des Genossen Witsch und seinem Zusammenstoß mit den Regierungsbeamten in Groß-Gerau durch die Straßen Mörfeldens. Auf dem Marktplatz sammeln sich mehrere Trupps von Gewerkschaftern. Gestern, Keiner weiß genau, was die Verhandlungen

Die Werktätigen sammeln sich

Netzt kommen aus allen Häusern die Arbeiter. Dort treffen sich Frauen und laufen zum Marktplatz. Die Kinder rennen durch die Gassen, um eiligst zu der großen Versammlung zu kommen. Die Versammlung wächst und wächst. Sie wird zur großen Masse. 800 Menschen, 900, 1000 Menschen. Noch weiß Keiner genau, was auf dem Kreisamt entschieden worden ist. Noch weiß niemand genau, ob der Beigeordnete Witsch das Geld mitbringt, oder ob die Regierung die alten Maßnahmen gegen Mörfelden weiter führen will. Die Rufe werden lauter. Die meisten spüren das Glend noch am eigenen Körper. Man sieht es den ausgegorenen Gesichtern an, welches unlagbare Glend über die Arbeiter heringebrochen ist. Diese 1000 Men-

haus von Mörfelden geht, als ein neues Sturmglöckchen vom Turm der Kirche erklingt. Und wenige Minuten später strömen neue Massen aus den Straßen heran. In Jecher-Gruppen. Daran werden neue Hunderte. Von überall marschieren sie heran. Nun pressen sich wohl 1500 Menschen vor der Bürgermeisterei. Alle befehle von dem einen Willen: Brot und Arbeit für das rote Mörfelden. Jetzt kommt der Beigeordnete Witsch aus der Bürgermeisterei und geht, begleitet von einem Gemeinderat, zu den zwei Regierungsbeamten, die noch in der Nebenstraße stehen. Genosse Witsch erklärt ihnen, daß hier in Mörfelden die Werktätigen selbst ihr Schicksal in die Hand nehmen. Dann fordert Witsch den Dr. Wolf nochmals auf, das Geld für die Kasse-Neueren abzuliefern. Dr. Wolf erwidert: „Es gibt erst dann Geld,

Wichtige Forderungen wurden so durchgesetzt:

1. Der Bürgermeister wurde beauftragt, sich mit allen Stromabnehmergemeinden der HEAG, Darmstadt in Verbindung zu setzen und eine Aktion gegen den Strompreiswucher einzuleiten.
2. Da die Schule keinen Turnsaal besitzt, wird mit dem Volkshaus ein Mietvertrag zur Überlassung des Turnsaals an die Kinder abgeschlossen.
3. Die kostenlose Schulkinderspeisung (Frühstück) wird für alle Erwerbslosen durchgeführt.
4. In den Gemeindewohnungen wird ein Mieterlass durchgeführt von acht Mark für drei Köpfe, zehn Mark für fünf Köpfe und 16 Mark für größere Familien pro Monat.
5. Ab sofort gibt es die kostenlose Benutzung der örtlichen Brausebäder für alle Unterstützungsempfänger.
6. Der in der vierten Notverordnung der Regierung festgelegte zehnpromtente Lohnabbau wird durch die Gemeinde Mörfelden nicht durchgeführt.
7. Die Gemeindewiesenpacht wurde bis auf 30 Prozent ermäßigt.

Der Bürgermeister erklärt öffentlich, dass er auf den 300 Mark übersteigenden Betrag seines Gehaltes verzichtet.

Die Tätigkeit des kommunistischen Bürgermeisters hat eine ungeheure Wirkung auf die politische Einstellung der werktätigen Bevölkerung. Am 24. Januar findet die Beigeordnetenwahl statt. Sie wird zu einem überwältigenden Sieg der kommunistischen Kandidaten Bitsch über den Sammelkandidaten der SPD und bürgerlichen Parteien.

Es wurde überhaupt in diesem Jahr viel gewählt. Und so sahen die Wahlergebnisse für die drei stärksten Parteien aus:

Am 13. März 1932 war Reichspräsidentenwahl. Hindenburg erhielt 850, Hitler 264 und der Vorsitzende der KPD, Ernst Thälmann 1737 Stimmen.

Bei der Wahl zum Hessischen Landtag am 19. Juni 1932 erhielten die Sozialdemokraten 353, die Kommunisten 1253 und die Nationalsozialisten 329 Stimmen.

Am 6. September 1932 war die Reichstagswahl. Hier stimmten 392 Mörfelder für die Nationalsozialisten, 463 für die Sozialdemokraten und 1541 für die Kommunisten. An allen Wahlergebnissen dieser Zeit ist ablesbar, wie stark die Mörfelder Bevölkerung hinter der KPD und ihrem Bürgermeister stand.

Die konsequente Politik für die Interessen der „kleinen Leute“ bereitet der Obrigkeit Bauchschmerzen, aber den Mörfeldern Mut: 20 Wirte weisen die Einführung der Getränkesteuer zurück. Als Mörfelden dann aber noch die Eintreibung der Notverordnungssteuern und die Befolgung der übrigen Bestimmungen der Notverordnung ablehnt, stellt sich die Regierung auf Kampf ein.

Die Regierung beschließt: Mörfelden muss die Notverordnungen anerkennen.

Mörfelden fasst den Gegenbeschluss: Wir lehnen die Notverordnungen und jede weitere Belastung durch neue Steuern ab.

Am 1. Februar telefoniert das Kreisamt Groß-Gerau und verlangt die sofortige Einführung der Getränkesteuer als Einleitung zur Einführung aller Notverordnungsbestimmungen. Bürgermeister Georg Zwilling lehnt ab.

Die hessische Regierung beschließt nunmehr, die der Gemeinde Mörfelden zustehenden Gelder für die Unterstützungsempfänger einzubehalten, bis die Notverordnungen durchgeführt sind. Mörfelden richtet sich zum Kampf ein. Bis Mitte Februar reichen die 6.000 Mark aus dem Ausgleichskonto. Das Wassergeld und die anderen kleinen Einnahmen müssen mithelfen, die drohende Notlage zu mildern.

Das Kreisamt Groß-Gerau fordert nochmals die Durchführung der Getränkesteuer. Mörfelden lehnt ab. Jetzt kommt das Ultimatum der Regierung: Binnen 24 Stunden soll Mörfelden die Notverordnungen einführen. Mörfelden lehnt abermals ab.

Die Gemeinde arbeitet fieberhaft, um die Lebensexistenz der Notleidenden zu sichern. Das Holz wird zu den bedürftigen Arbeiterfamilien geschafft. Die



Kundgebung auf dem „Dalles“



Kinder erhalten neue Schuhe, die Schulkinderspeisung steht vor der Durchführung.

Das Geld in der Kommune aber ist verbraucht. Der Bürgermeister fordert vom Kreisamt die Zahlung der zustehenden Gelder. Regierungsrat Dr. Wolf lehnt mit der Begründung ab: die Gelder würden unsachlich verbraucht, was gleichbedeutend ist mit der Verwen-

dung der Gelder für die Notleidenden. Bürgermeister Zwilling erwidert, dass die Stadt Groß-Gerau allein der Konservenfabrik Helvetia 20.000 Mark Steuern geschenkt habe, während man die Mörfelder Arbeiter hungern lassen will. Regierungsrat Dr. Wolf bleibt bei seinem Ultimatum, wonach von den Hungernen auch noch Steuern eingezogen werden sollen. Noch einmal versucht Bürgermeister Zwilling, das der Gemeinde gehörende Geld zu erhalten. Die Regierung bleibt bei ihrem brutalen Beschluss. Der Bürgermeister versucht nun, im Auftrage der Gemeinde, beim Ministerium in Darmstadt das Geld zu erhalten. Auch das wird abgelehnt.

Die Erbitterung wächst: eine Demonstration der Mörfelder Arbeiter zieht nach Groß-Gerau. Der Bürgermeister fordert vom Kreisdirektor die Gelder für die Hungernden. Der Kreisdirektor nennt den Aufmarsch „Aufruhr“. Es kommt zu erregten Auseinandersetzungen. Eine Delegation der Demonstranten muss schließlich vom Kreisdirektor Usinger vorgelassen werden. Aber immer wieder dasselbe Ultimatum: Erst die Notverordnungen anerkennen, dann gibt es sofort Geld. Der Bürgermeister erklärt dem Kreisdirektor gegenüber: „Das ist, gelinde gesagt, Erpressung!“

Nun beginnt die unmittelbare Aushungerung Mörfeldens durch die hessische sozialdemokratische Koalitionsregierung. Aber die Werktätigen stehen geschlossen hinter ihrem Bürgermeister gegen jede Notverordnungssteuer. Woche für Woche vergeht, die Regierung schickt keinen Pfennig Geld. Viele Arbeiterfamilien haben weder Brot noch Kartoffeln. Der Bürgermeister gibt jeden Pfennig, der in die

Gemeindekasse fließt, sofort den Hungernden. Eine Bürgerversammlung beschließt einstimmig die Einhaltung des Arbeitsprogramms. Nun wird beschlossen, vom Staatspräsidenten die Auszahlung der Unterstützungsgelder zu fordern.

Der sozialdemokratische Staatspräsident Adelong und der sozialdemokratische Ministerialrat Bornemann weichen aus. Adelong fordert die Durchführung der Notverordnungen. Die Delegation lehnt ab. Am nächsten Tag verunglückt Bürgermeister Zwi-

ling auf einer Fahrt mit dem Motorrad. Nun vertritt der Beigeordnete Bitsch den Bürgermeister. Mit dem Gemeinderat Völker fordert er vom Kreisamt erneut die Zahlung der Unterstützung. Er erklärt, nicht eher zurückzugehen, bis er die Mittel in Händen hat. Scharfe Auseinandersetzungen folgen. Bitsch wird von der Polizei vor das Amtsgericht geschleppt, wo man ihm erklärt, er habe keine Geschäfte für Mörfelden zu erledigen.

Zurückgekehrt erklärt Bitsch der Bevölkerung, dass er seines Amtes enthoben sei. Unter Begeisterung der



Kundgebung in der Langgasse

Menge verkündet Bitsch: „Ich lasse mir mein Amt nicht mit Gewaltmethoden nehmen. Ich habe das Amt von den Werktätigen von Mörfelden erhalten und behalte es so lange, bis die Werktätigen mich abberufen.“ Im Demonstrationszug geleiten nun die über das Verhalten der Regierung empörten Massen den Beigeordneten zum Rathaus und setzen ihn wieder in sein Amt ein.

Kaum befindet sich der Beigeordnete Bitsch auf der Bürgermeisterei, als ein Wagen mit zwei Beamten des Kreisamtes Groß-Gerau vor der Bürgermeisterei hält. Die Einwohner erkennen die beiden, die den Wagen verlassen: Regierungsrat Dr. Wolf und Holzhäuser, der als Staatskommissar eingesetzt werden soll. Jetzt macht sich die Empörung Luft. Die Polizisten sind machtlos. Die beiden Beamten werden von den Massen eingekeilt. Die Frauen rufen: „Habt Ihr Geld mitgebracht, sonst macht, dass Ihr aus Mörfelden herauskommt.“ Eine Frau versperrt den Eingang zur Bürgermeisterei. Die Polizei greift zum Revolver und zum Gummiknüppel. Die Masse weicht nicht. Nur mit Mühe hält ein Arbeiter die erregten Frauen zurück, die mit grenzenloser Wut gegen die Gummiknüppel und Revolver der Polizisten vorgehen und im Begriff sind, sich auf die beiden Regierungsbeamten zu stürzen. Ein Arbeiter ruft den Polizisten zu: „Keinen Schuss, sonst ist's aus.“

Der Zorn der Mörfelder ist zu verstehen; denn seit vier Wochen ließ die Regierung 400 Familien ohne jegliche Unterstützung. Unbeschreiblich ist die Erregung über den Zusammenstoß. Plötzlich ertönen Glockenschläge vom Kirchturm. Immer schneller und lauter. Es wird Sturm geläutet. Auf dem Rathaus wird die rote Fahne gehisst.



Inzwischen ist fast die ganze Bevölkerung Mörfeldens vor dem Rathaus versammelt. Jetzt verhandelt der Beigeordnete mit den Regierungsbeamten. Dr. Wolf erklärt, es gibt sofort Geld, wenn der Staatskommissar in die Bürgermeisterei eingelassen wird. Plötzlich hört das Glockenläuten auf. Bitsch erscheint am Fenster und teilt mit, dass der Regierungsbeamte erklärt habe, es sei Geld vorhanden, aber nur für 50 Familien. Das Geld werde nur ausgezahlt, wenn die Beamten ins Rathaus eingelassen würden. Die Mörfelder weisen das Manöver der Regierungsbeamten zurück. Immer wieder ertönt der Ruf: „Hinaus mit den Hungerverordnern aus Mörfelden.“ Da kommt ein Überfallkommando. Dreißig Polizisten mit schuss-

bereiten Karabinern springen ab. Es wird in die Luft geschossen, das Rathaus an mehreren Stellen getroffen. Nun kommen von einer anderen Seite zwei neue Überfallkommandos. 60 Polizisten springen ab. Die wehrlosen Arbeiter befinden sich den Gewehrläufen, den Revolvern und den Gummiknüppeln gegenüber. Vom Kirchturm ertönt wieder Sturmgeläut. Die Polizei nimmt die Kirche ein. Dann stürmt sie das Rathaus. Eine Zeitlang wehren sich die Arbeiter hinter einer Barrikade mit Steinen. Dann werden sie durch das große Schupo-Aufgebot getrennt und in die Nebenstraßen abgedrängt. Eine 65 Jahre alte Frau wird mit dem Gummiknüppel geschlagen. Die Polizei, mittlerweile 200 Mann stark, verhängt nunmehr den Belagerungszustand über Mörfelden. Polizeistreifen durchziehen unaufhörlich die Straßen. Manchmal bilden sich Ansammlungen, gegen die die Polizei sofort vorgeht. Dem Beigeordneten Bitsch, der im Bürgermeisterzimmer geblieben ist, wird von der Polizei ein Schreiben übermittelt, wonach er abgesetzt ist. Erst jetzt können die beiden Beamten vom Kreisamt in die Bürgermeisterei eintreten. Ihre erste Amtshandlung: Ab 9 Uhr darf sich niemand mehr auf der Straße zeigen. Alle Lokale müssen nach 9 Uhr abends geschlossen sein. Gespräche auf der Straße sind verboten. 15 Kriminalbeamte beginnen ihre Wühlarbeit.

Es erscheint ein Anschlag des kommissarischen Bürgermeisters und des Regierungsrats Wolf, dass ein Teil der Erwerbslosen Unterstützung erhalten wird. Gleichzeitig werden die Zwangsmaßnahmen fortgesetzt und gesteigert. Die Schule wird als Kaserne eingerichtet. Morgens um 6 Uhr schlagen Polizisten



an die Türen der Wohnungen, jagen Männer und Frauen aus den Betten, führen Haussuchungen und Verhaftungen durch. Die Ortseingänge von Mörfelden werden nun von der Polizei bewacht. Der Bahnhof wird kontrolliert. Ohne Ausweis kommt niemand nach Mörfelden herein. Wer nur irgendwie verdächtig ist, wird abgeführt.

Ein neuer Anschlag des kommissarischen Bürgermeisters wird veröffentlicht, wonach die Wohlfahrtsunterstützung nicht ausgezahlt und auch die Ausgabe der Fleisch- und Kohlenkarten unterbleibt.

Die Erregung wächst aufs neue. Sie wird zu einer Empörungswelle, als aus den Zeitungen, die inzwischen eingetroffen sind, bekannt wird: „Auch der rote Bürgermeister Zwilling abgesetzt.“ Sein agitatorisches Auftreten lasse sich nicht mit den Amtspflichten eines Bürgermeisters vereinbaren. Am Abend findet eine große Versammlung vor dem Rathaus statt, die erst nach längerer Zeit von der Polizei auseinander getrieben werden kann.

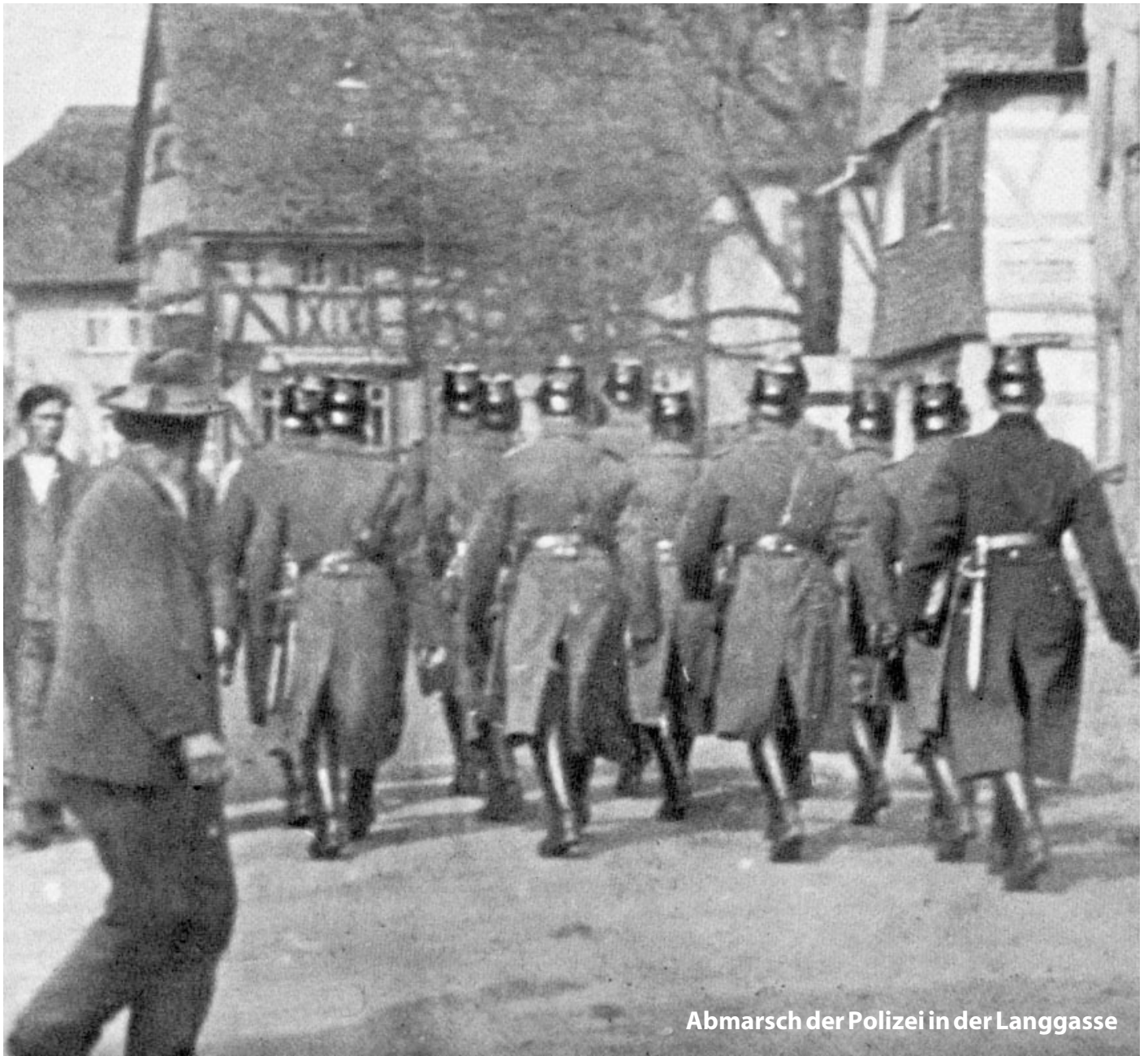
Eine ständige Besatzung von 50 Schutzpolizisten aus Darmstadt wird in der Schule stationiert. Am dritten Tage nach dem Einzug des Diktators werden die ersten Unterstützungen ausgezahlt. Aber während Bürgermeister Zwilling den Unterstützungsempfängern 17,75 Mark und im Höchsthalle 19,- Mark auszahlte, erhalten die Arbeiterfamilien vom Staatskommissar nur noch zwei Drittel dieser Summe. Die Kleingewerbetreibenden erhalten keinerlei Unterstützung mehr. Auch die jugendlichen Erwerbslosen bleiben ohne jeden Pfennig.

Das war die Geschichte jener Märztage des Jahres 1932 in Mörfelden. Sie wurde in ganz Deutschland

bekannt. Viele Zeitungen brachten die Ereignisse als Spitzenartikel, die meisten entstellten die Vorgänge, einige, die „Bild-Zeitungen“ von damals, stellten in ihrer Berichterstattung die Ereignisse auf den Kopf. Die kommunistischen Zeitungen berichteten ausführlich über Mörfelden, das aber passte der Regierung nicht, so wurden die hessische „Arbeiter-Zeitung“ wegen der Berichterstattung zehn Tage lang verboten. Aber auch die Magdeburger kommunistische Tageszeitung „Tribüne“ wurde vom Oberpräsidenten von Sachsen mit der Begründung verboten, die Berichterstattung über Mörfelden versetze die sächsische Bevölkerung in Unruhe.

Heute kann man mit Abstand den März 1932 in Mörfelden betrachten, man kann auch sachlich über eventuelle Fehler diskutieren, die gemacht wurden. Aber vergessen sollten wir nicht, dass dieser „Aufstand“ ein Aufbäumen der Bevölkerung war, die bitterste Not litt. Und es ehrt die Mörfelder des Jahres 1932, dass sie sich nicht bückten, sondern aufrecht den Umständen den Kampf ansagten.

*Aus: „Die Stadtfarbe ist rot!“, ein Buch der Mörfelder
DKP aus dem Jahre 1976*



Abmarsch der Polizei in der Langgasse

Ein Maurer wurde Bürgermeister

Welchem Mörfelder ist es nicht schon einmal passiert, dass er irgendwo angesprochen wurde: „So, aus Mörfelden kommst Du, aus ‚Klein Moskau‘? Und wenn es ein älterer Gesprächspartner war, dann fragte er manchmal: „Lebt eigentlich der Zwilling-Schorsch noch?“ Sagen kann man dann eigentlich nur: „Ja, er lebt noch!“.



Georg Zwilling

Jetzt wurde er sogar in Theaterszenen des Heimatmuseums Mörfelden von Gerd Schulmeyer, Fraktionsvorsitzender der „DKP / Linke Liste“ dargestellt. Georg Zwilling, Maurer, Kommunist, am 8. November 1931 mit 1578 Stimmen zum Bürgermeister von Mörfelden gewählt. Die ihn kannten, schilderten ihn als einen kleinen Mann, der überzeugen konnte, als einen Mann, der sich stets für die Arbeiter einsetzte. Und der nur deshalb das Vertrauen der Mörfelder erhielt.

Als man ihn einmal besonders hart angriff und verleumdete, schrieb er in einem Flugblatt: „Ich kann für mich in Anspruch nehmen, dass ich ohne Rücksicht auf meine Existenz jederzeit für die Interessen der arbeitenden Bevölkerung eingetreten bin. Kein Weg war mir zu weit und keine Mühe zu groß, wenn es galt,

die Belange der Werktätigen zu wahren. Ohne Rücksicht auf Partei- oder Konfessionszugehörigkeit jederzeit zum Dienst am Proletariat bereit. Das war und ist mein Wahlspruch.“

Bekannt war er nicht nur in Mörfelden. Aus Schlüchtern wurde uns geschrieben: „Genosse Zwilling war für uns im Kreis ein hervorragender Lehrmeister; ein Sohn des Volkes, einfach, ehrlich und beliebt bei den Arbeitern und Bauern unseres Kreises. Oft zog Zwilling mit einem Handwagen, beladen mit Zeitungen und Broschüren, von Dorf zu Dorf und sprach mit den Bewohnern. Die Bauern luden ihn zum Essen ein. Er scheute sich auch nicht, ihnen auf der Wiese beim Heumachen zu helfen.“

Georg Zwilling, 1892 geboren, war schon in jungen Jahren aktiv in der Arbeiterbewegung. Ende des Jahres 1918 war er Mitglied des Frankfurter „Arbeiter- und Soldatenrates“, 1919 trat er in die USPD ein und gehörte zu den Gründern der KPD in Mörfelden. Seinen Namen finden wir bei den Aktiven der Freireligiösen Gemeinde ebenso wie bei den Gründern des Volkshaus-Vereines.

Als er im November des Jahres 1931 zum Bürgermeister von Mörfelden gewählt wurde, konnte Pfarrer Georgi die Welt nicht mehr verstehen. In die Kirchenchronik schrieb er: „Die Sensation dieses Jahres bildet die Bürgermeisterwahl. Mörfelden stellt den ersten hessischen kommunistischen Bürgermeister. Auf diesen zweifelhaften Ruhm war es sehr stolz!“

Lange war der „Zwilling-Schorsch“ allerdings nicht Bürgermeister, im Februar 1932 erlitt er bei einer Vortragsreise einen schweren Motorradunfall und wurde mit einem Schlüsselbeinbruch ins Friedberger Krankenhaus eingeliefert. Kurz darauf wurde von

der Obrigkeit Obersekretär Holzhäuser als Staatskommissar in Mörfelden eingesetzt.

Wie viele seiner Genossen wurde Georg Zwilling ein Jahr später von den Nazis verhaftet und bis Mai 1933 im Konzentrationslager Osthofen eingesperrt. Anschließend wurde er wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ ins Gerichtsgefängnis Frankfurt am Main gesperrt.

Im September muß man ihn wegen „mangelnden Beweises“ entlassen.

Die Befreiung vom Faschismus konnte er nicht mehr erleben. Bei einem Tieffliegerangriff kam er am 5. November 1944 auf der Heimfahrt nach Mörfelden an der holländischen Grenze ums Leben.

Georg Zwilling, der erste kommunistische Bürgermeister dieser Stadt, wird nicht vergessen.





„Reichstagswahl 1928“
Demonstranten aus Mörfelden in Groß-Gerau

Bürgermeisterwahl am 27. September 1931

| | |
|----------------------|--------------|
| Peter Klingler | 1095 Stimmen |
| Georg Zwilling | 1022 Stimmen |
| Karl Jakob Schaffner | 333 Stimmen |
| Heinrich Kuchler | 105 Stimmen |
| Johannes Cron | 16 Stimmen |

Bürgermeister Peter Klingler verzichtet auf die Stichwahl und kehrt in den Schuldienst zurück.

Stichwahl am 8. November 1931

| | |
|----------------|--------------|
| Georg Zwilling | 1578 Stimmen |
| Ludwig Geiß | 1236 Stimmen |

Nachwort

Wer sich mit der Geschichte jener Tage beschäftigt, stößt oft auf Begriffe und Namen, die fast vergessen sind. Ein Beispiel ist der Begriff: Sozialfaschismus.

Sozialfaschismus - mehr als ein falscher Begriff

Professor Josef Schleichstein dazu: *„Der Begriff des „Sozialfaschismus“ bedarf insbesondere für den heutigen Leser, der diese geschichtliche Periode nicht mehr bewußt erlebt hat, der Erläuterung, die wiederum nur in einer knappen Darstellung des historischen Gesamtzusammenhangs gegeben werden kann. Das ist umso notwendiger, da diese These in diesem oder jenem Gewand immer noch auftaucht, um bürgerliche oder auch sozialdemokratische Politik jener Zeit zu rechtfertigen. Das geschieht, obwohl die Kommunisten diese These und die damit verbundene politische Praxis selbstkritisch verarbeitet haben. Bekanntlich wurde die These vom „Sozialfaschismus“ nach der furchtbaren Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung 1933 und besonders im Prozeß der Vorbereitung des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale 1935 in Moskau einer gründlichen Kritik unterworfen und als ein ernster Fehler der Kommunistischen Internationale und vor allem der KPD angesehen.“*

Wenn man aber fragt, warum entstand dieser Fehler, dann wird man auf historische Gegebenheiten stoßen die vieles erklären, wenn auch nicht rechtfertigen.

Die Mörder und ihre Hintermänner

Nehmen wir die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht.

Flugblätter flatterten damals durch die Straßen Berlins: „Das Vaterland ist dem Untergang nahe. Rettet es! Es wird nicht bedroht von außen, sondern von innen: Von der Spartakusgruppe! Schlagt ihre Führer tot! Tötet Liebknecht! Dann werdet ihr Frieden, Arbeit und Brot haben! Die Frontsoldaten“.

Aber auch im sozialdemokratischen »Vorwärts« erscheint ein Text: „Viel hundert Tote in einer Reih – Proletarier! . . . Karl, Rosa, Radek und Kumpanei – es ist keiner dabei, es ist keiner dabei! Proletarier!“

Das Leichenhaus.

**Vielhundert Tote in einer Reih —
Proletarier!**

**Es fragten nicht Eisen, Pulver und Blei,
ob einer rechts, links oder Spartakus sei,
Proletarier!**

**Wer hat die Gewalt in die Straßen gefandt,
Proletarier?**

**Wer nahm die Waffe zuerst zur Hand
und hat auf ihre Entscheidung gebrannt?
Spartakus!**

**Vielhundert Tote in einer Reih —
Proletarier!**

**Karl, Rosa, Radek und Kumpanei —
es ist keiner dabei, es ist keiner dabei!
Proletarier!**

Arthur Biedler.

Einer der Mörder, Waldemar Pabst, der (bis 1955) in der Schweiz lebte, notiert in seinen Papieren: „Dass ich die Aktion ohne Zustimmung Noskes gar nicht durchführen konnte (mit Ebert im Hintergrund) und auch meine Offiziere schützen musste, ist klar. Aber nur ganz wenige Menschen haben begriffen, warum ich nie vernommen oder unter Anklage gestellt worden bin. Ich habe als Kavalier das Verhalten der damaligen SPD damit quittiert, dass ich 50 Jahre lang das Maul gehalten habe über unsere Zusammenarbeit.“

„Einer muß der Bluthund werden“

Viele wissen heute nichts mehr mit dem Namen des Sozialdemokraten Noske anzufangen. Als Volksbeauftragter für Heer und Marine und als Reichswehrminister war Noske verantwortlich für die blutige Niederschlagung des Januaraufstandes 1919 (Spartakusaufstand), bei der auch Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ermordet wurden. Er selber schilderte die Diskussion, wie gegen die Aufständischen des Januar 1919 vorgegangen werden sollte. Sein Ausspruch „Meinetwegen! Einer muss der Bluthund werden, ich scheue die Verantwortung nicht“ wurde Geschichte.

In seiner weiteren Regierungstätigkeit zeigte sich sein zu zögerliches Verhalten gegenüber den machtorientierten Militärs. Er handelte nur zaghaft gegenüber den reaktionären Bestrebungen der extremen politischen Rechten, die bei den kaiserlichen Offizieren viele Sympathien besaß. Er teilte ihren Antibol-

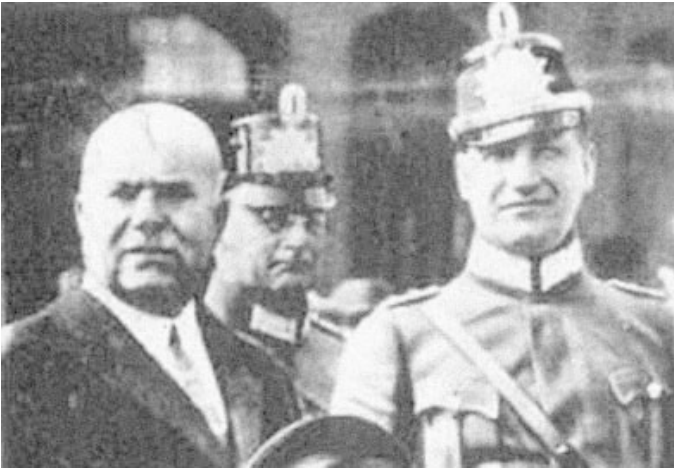
schewismus und ließ den von der Reichswehr unterstützten Freikorps weitgehend freie Hand bei ihrem harten Vorgehen gegen Streiks und kommunistische Aufstände. Nicht nur bei Kommunisten, auch bei vielen Sozialdemokraten verlor er mit dieser Haltung jede Sympathie. Als er in Absprache mit Friedrich Ebert die reaktionären Freikorps, u.a. die Brigade Ehrhardt am 29. Februar 1920 doch auflösen wollte, kam es zum reaktionären Kapp-Lüttwitz-Putsch vom 13. März 1920. Auch Reichspräsident Friedrich Ebert konnte Noske nicht mehr halten. Wegen "Begünstigung der Konterrevolution" wurde Noske nach dem Kapp-Putsch zum Rücktritt als Reichswehrminister gezwungen und auf den Posten des Oberpräsidenten der preußischen Provinz Hannover abgeschoben.

Während des Ersten Weltkriegs gehört er dem rechten Flügel der SPD um Friedrich Ebert und Philipp Scheidemann an, der die Landesverteidigung grundsätzlich unterstützt.

Gustav Noske stirbt am 30. November 1946 in Hannover.

Der „Blutmai“

Der sogenannte Blutmai beschreibt die Unruhen am 1. Mai 1929 in Berlin. An diesem sowie an den beiden darauf folgenden Tagen tötete die Schutzpolizei in Berlin im Gefolge einer Maidemonstration von Arbeitern, speziell in den Bezirken Neukölln und Wedding, 32 Demonstranten und Anwohner, darunter auch Unbeteiligte. Durch Einsatz von Schusswaffen und Schlagstöcken der Polizei wurden 80 Menschen verletzt. Unter anderem schoss die Polizei nach der



Links: Der Berliner Polizeipräsident Zörgiebel



Demonstration auf die Balkone und Fenster von Wohnhäusern, wobei sieben Frauen umkamen, darunter die Sozialdemokratin Elise Scheibe. Der Munitionsverbrauch der Polizei während dieser Maiunruhen lag nach eigenen Zahlen bei 11.000 Schuss.

Dieses Ereignis trug maßgeblich zur Vertiefung des Grabens zwischen KPD und SPD bei, da die Berliner Polizei auf Anweisung des preußischen Innenministers Albert Grzesinski und des Berliner Polizeipräsidenten Karl Friedrich Zörgiebel (beide Sozialdemokraten) handelte. Diese hatten im Vorfeld Demonstrationen am 1. Mai in Berlin verboten, während die KPD jedoch weiter zu ihnen aufgerufen hatte.

Gegen das Vorgehen der Polizei kam es am 2. und 3. Mai zu Proteststreiks in 120 Berliner Betrieben. Keiner der Todesschützen und Verantwortlichen ist vor Gericht gestellt worden. Statt dessen gab es den Versuch, die Arbeiter, die an der 1. Mai Kundgebung teilgenommen hatten, zu kriminalisieren. Die Arbeiter wurden wegen schweren Landfriedensbruchs in Tateinheit mit Aufruhr angeklagt. Zur Vorbereitung der Verteidigung gründete der Strafverteidiger Hans Litten zusammen mit Alfred Döblin, Heinrich Mann und Carl von Ossietzky einen „Ausschuss zur Untersuchung der Berliner Maivorgänge“.

Der Hauptverantwortliche der Berliner Polizei, Polizeipräsident Zörgiebel, wurde nach 1945 SPD-Vorsitzender in Mainz, und ab 1947 für zwei Jahre Polizeipräsident von Rheinland-Pfalz. 1953 erhielt er das Große Bundesverdienstkreuz.

Die Einheit die nicht zustande kam

Heute geht man davon aus, dass ein einheitliches Vorgehen der beiden großen Arbeiterparteien den Faschismus verhindert hätte. Die Einheit kam nicht, weil das Mißtrauen groß war.

Daß die KPD ihre Einheitsfrontangebote an die Sozialdemokratie zum gemeinsamen antifaschistischen Kampf ehrlich meinte, ist unwiderlegbar und wird vor allem durch zahlreiche, bisher leider viel zu wenig von der Lokalgeschichtsschreibung untersuchte, gemeinsame Aktionen insbesondere in der unmittelbaren Abwehr terroristischer Überfälle von SA und SS in Arbeitervierteln bewiesen. Ernst Thälmann sagte dazu in einer Unterredung mit sozialdemokratischen Arbeitern am 8. Juli 1932: „Täglich mordet die braune Pest unsere Genossen, schlägt unsere besten Kämpfer nieder, unternimmt provokatorische Angriffe auf unsere Parteihäuser; in den Gefängnissen schmachten Tausende unserer Genossen, die den wehrhaften Kampf gegen das faschistische Verbrechen führten. Das Hitlersche Offiziers- und Prinzenpack hat erklärt, daß es die kommunistische Bewegung, das sind viele Millionen revolutionärer Männer und Frauen, ausrotten, hängen, köpfen und rädern will. Und angesichts dieser Tatsache, angesichts der drohenden Gefahr, daß aus Deutschland ein Land des Galgens und des Scheiterhaufens wird, sollten wir Kommunisten die antifaschistische, proletarische Einheitsfront nicht ehrlich meinen?“

In der SPD wurden die „Einheitsgedanken“ im wesentlichen abgelehnt. Selbst auf den Beratungen der Führungsgremien, die bereits nach Aufrichtung der faschistischen Diktatur stattfanden (am 31. Januar

und Anfang Februar 1933), und auf denen einige führende sozialdemokratische Funktionäre sich, wenn auch in vorsichtiger Form, positiver zur Idee der Einheitsfront mit den Kommunisten äußerten, wurden solche Auffassungen strikt abgelehnt. Zu einem Vorschlag des SPD-Politikers Stampfers, der KPD ein Angebot zu machen, erklärte Hilferding (SPD) man solle doch endlich „von der fixen Idee der Einheitsfront abkommen.“

Wilhelm Leuschner wurde in Plötzensee ermordet

Wer sich um die Ereignisse des Jahres 1932 kümmert stößt oft auf die Namen Bernhard Adelung und Wilhelm Leuschner.

Bernhard Adelung (30. 11. 1876 - 24. 2. 1943) war sozialdemokratischer Staatspräsident des Volksstaates Hessen.

Wilhelm Leuschner war damals bei den Linken der verhasste Innenminister, zuständig für die Polizei, die rücksichtslos zuschlug. Man sprach von der „Leuschner-Polizei“.

Im Januar 1933 wurde Leuschner in den Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds (ADGB) gewählt. Im April 1933 gab Leuschner, nach der nationalsozialistischen Machtübernahme von den Nazis zum Rücktritt gezwungen, sein Amt als hessischer Innenminister auf. Die Gewerkschaften wurden zerschlagen.

Im Juni 1934 wurde er aus dem KZ entlassen und begann mit dem Aufbau eines Widerstands-Netzwerkes. Er kämpfte in gewerkschaftsnahen Widerstandsgruppen und unterhielt Kontakte zum Kreisau-

er Kreis und ab 1939 auch zur Widerstandsgruppe von Carl Friedrich Goerdeler. Das Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 und der Umsturzversuch scheiterten jedoch. Leuschner wurde am 16. August 1944 verhaftet und danach vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt. Am 29. September 1944 wurde Wilhelm Leuschner im Zuchthaus Berlin-Plötzensee hingerichtet.

Deutsche Kommunisten in der Sowjetunion verfolgt

Die KPD hatte im Hitlerfaschismus die meisten Opfer zu beklagen.

Aber auch in der Sowjetunion wurden deutsche Kommunisten ermordet. Auch aus unserer Stadt kamen Kommunisten in den Repressionsapparat unter Sta-

Wilhelm Bitsch starb in einem sowjetischen Straflager

Der erste Beigeordnete Wilhelm Bitsch emigrierte vor den Hitler-Faschisten mit seiner Frau und zwei Töchtern in die Sowjetunion.

Die Familie wurde dort einige Jahre später verhaftet. Frau und die Töchter wurden ausgewiesen.

Wilhelm Bitsch starb am 28. 11. 1941 in einem Arbeitslager.

Die DKP unserer Stadt ist kurz vor Ende der Sowjetunion in Moskau vorstellig geworden.

Darauf erhielten wir die Nachricht:

„Die Staatsanwaltschaft der UdSSR hob am 12. Mai 1989 das Urteil des NKWD-Sondertribunals vom 27.12.1937 auf.“

lin. So der Walldorfer Kommunist Peter Passet und Wilhelm Bitsch aus Mörfelden.

Peter Passet, ein aufrechter Kommunist, erlebte bei Stalin und Hitler Gefängnisse, Zuchthäuser und Konzentrationslager.

Die Arbeitslosigkeit, die nicht enden wollte, führte damals zu vielen Auswanderungen. Man schätzt, daß damals mehrere Zehntausend allein in die Sowjetunion fuhren, um Arbeit zu finden und beim Aufbau des Landes zu helfen. Peter Passet war dabei. Am 26. April 1932 fuhr er nach Moskau, erlebte Höhen und Tiefen. Hier traf er auch seinen Mörfelder Genossen Wilhelm Bitsch, der schon im März 1932 aus politischen Gründen in die Sowjetunion fliehen mußte. Wilhelm Bitsch, Peter Passet und Tausende andere deutsche Kommunisten erlebten die Stalinsche Repressionen am eigenen Leib. Viele wurden umgebracht.

Peter Passet wurde in der Sowjetunion endlosen Verhören unterzogen, als „Konterrevolutionär“ verleumdet und nach 16 Monaten Gefängnis am 6. Januar 1939 ins Nazideutschland abgeschoben. Hier wurde er am 24. Januar 1940 aus politischen Gründen erneut verhaftet, wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt - kam allein fünf Monate in Einzelhaft. Nach zwei Jahren wurde er bei der Entlassung am Zuchthaus von der Gestapo empfangen, kam nach Dachau und landete zum Schluß im Vernichtungslager Mauthausen, wo er am 5. Mai 1945 von den Amerikanern befreit wurde.

Peter Passet ist nie von sich aus mit seinen schlimmen Erlebnissen an die Öffentlichkeit gegangen. Er erfuhr erst an seinem 75. Geburtstag von einem Vertreter der damaligen sowjetischen Botschaft von seiner vollständigen Rehabilitierung.



*Ein seltenes Foto aus der Sowjetunion.
Wilhelm Bitsch (in der Mitte sitzend, mit Schillerkra-
gen.) Links die beiden Töchter und seine Frau.*

Bitsch, am 1. Juni 1893 in Walldorf geboren, war einer der führenden Genossen im damaligen „roten Mörfelden“. Als Stellvertreter des damaligen kommunistischen Bürgermeisters führte er die Amtsgeschäfte. Im März 1932 emigrierte er in die Sowjetunion.

Am 26. 12. 1932 folgten die Ehefrau Liese (geboren am 3. 11. 1894) und die Töchter Else und Gretel. Sie reisten in die Sowjetunion mit ihrem gesamten Hausrat.

In Moskau holte sie Wilhelm Bitsch am Bahnhof ab. Sie zogen nach Stalinogorsk, wo Wilhelm Bitsch als Isoliermeister im Chemiekombinat arbeitete. Tochter Else war „Lehrmädchen“ im dortigen Labor. Später gingen die beiden Mädchen (damals 14 und

12 Jahre alt) in die Stadt Engels (bei Saratow) in die dortige deutschsprachige Schule. Vater und Mutter blieben in Stalinogorsk.

Am 30. Juni 1937 wurde Wilhelm Bitsch nachts um 3.00 Uhr verhaftet.

Else Bitsch ist im November 1937 bei einer deutschen Arztfamilie, Becker, verhaftet worden. Sie war bis kurz vor der erzwungenen Rückwanderung (Juni 1940) inhaftiert.

Die Töchter wurden 1938 ausgewiesen. Sie hatten Anweisung, bis 25. Januar 1938 an der Grenze zu sein.

Die Kommunisten und Sozialdemokraten bilden die Aktions-Einheit!

Am 3. September traten in Frankfurt am Main die Vertreter der Kommunistischen Partei Deutschlands und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands im Gebiet Frankfurt a. M. zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen.

Als Vertreter der Kommunistischen Partei waren anwesend die Genossen:

Walter Fisch, Oskar Müller, Ernst Elchelsdörfer, Emil Carlebach und Martin Kirsch.

Als Vertreter der Sozialdemokratischen Partei, die Genossen:

Willi Knothe, Rudolf Meenzer, Franz Ullrich, Kurt Haenschler, Fritz Schäfer.

Die Aussprache bestätigt den schon bisher gezeigten Willen zur aufrichtigen Zusammenarbeit beider Parteien. Sie verlief im Geiste gegenseitigen Vertrauens.

Wo ist BITSCH?

In Rußland verschwunden! — Neubürger, wer hat Euch aus Eurer Heimat vertrieben? Wer hat Euch noch nicht einmal Eure nötigsten Sachen, wie Hausrat, Möbel und Kleider mitnehmen lassen? Das ist keine Wiedergutmachung, das ist glatter Raub.

Mütter und Frauen! Betrachtet Euch Eure Gefangenen aus dem Osten. 80% krank oder unterernährt. **Ist das Sozialismus!** Noch nicht einmal die einfachsten Menschenrechte gelten. Genau wie in Hitlers Zeiten. Betrachtet Euch die Vorgänge in den Balkanländern. Erst das Innenministerium in die Hand der KPD., dann die Polizei und dann wird die Mehrheit vergewaltigt und mundtot gemacht. Die Führer der anderen Parteien kommen ins Zuchthaus, oder müssen fliehen. Und das nennt man dann Demokratie.

In der Ostzone wird die Meißner Porzellanmanufaktur in eine russ. Aktiengesellschaft umgewandelt, das nennt man dann sozialisieren. Das ist die Diktatur aus dem Osten, diese wird von der KPD. unterstützt. — Diktatur Hitler und Diktatur Stalin gleichen sich wie Zwillingbrüder.

Deshalb keine Stimme der KPD.

Jede Stimme der SPD.,

denn sie kämpft für die Freiheit des Menschen und für eine echte Demokratie.

Genehmigt durch die Mil.-Reg. (M 5). Verantwortlich Willi Knothe, Frankfurt-Main, Bockenheimer Anlage 3.
Druck: Hagency, Gr.-Gerau. (3000. - IV. 48.)

Nach 1945 gab es auch im Westen Deutschlands viele Versuche einer Vereinigung von SPD und KPD. Man hatte in den Konzentrationslagern zusammengefunden. Der beginnende Kalte Krieg machte schnell viele Gespräche zunichte. Vor Ort waren oft Flugblätter wie das hier abgedruckte SPD-Pamphlet aus Mörfelden tödlich für alle Vereinigungsbestrebungen.

Die Geschichte der Arbeiterbewegung unserer Stadt ist interessant und aufschlußreich. Es lohnt sich, weiter zu forschen.

Bertolt Brecht

Das Lied vom Klassenfeind

(Auszug)

Sie gaben uns Zettel zum Wählen,
wir gaben die Waffen her.
Sie gaben uns ein Versprechen,
und wir gaben unser Gewehr.
Und wir hörten: Die es verstehen,
die würden uns helfen nun.
Wir sollten an die Arbeit gehen,
sie würden das übrige tun.
Da ließ ich mich wieder bewegen
und hielt, wie's verlangt wurd', still
und dachte: Das ist schön von dem Regen,
dass er aufwärts fließen will.

Und bald darauf hörte ich sagen,
jetzt sei alles schon eingerenkt.
Wenn wir das kleinere Übel tragen,
dann würd' uns das größere geschenkt.
Und wir schluckten den Pfaffen Brüning,
damit's nicht der Papen sei.
Und wir schluckten den Junker Papen,
denn sonst war am Schleicher die Reih.
Und der Pfaffe gab es dem Junker,
und der Junker gab's dem General.
Und der Regen floss nach unten,
und er floss ganz kolossal.

Während wir mit Stimmzetteln liefen,
sperrten sie die Fabriken zu.
Wenn wir vor Stempelstellen schliefen,
hatten sie vor uns Ruh.
Wir hörten Sprüche wie diese:
Immer ruhig! Wartet doch nur!
Nach einer größeren Krise
kommt eine größere Konjunktur!
Und ich sagte meinen Kollegen:

So spricht der Klassenfeind!
Wenn der von guter Zeit spricht,
ist seine Zeit gemeint.
Der Regen kann nicht nach aufwärts,
weil er's plötzlich gut mit uns meint.
Was er kann, das ist: er kann aufhör'n,
nämlich dann, wenn die Sonne scheint.

Eines Tags sah ich sie marschieren
hinter neuen Fahnen her.
Und viele der Unsrigen sagten:
Es gibt keinen Klassenfeind mehr.
Da sah ich an ihrer Spitze
Fressen, die kannte ich schon,
und ich hörte Stimmen brüllen
in dem alten Feldwebelton.
Und still durch die Fahnen und Feste
floss der Regen Nacht und Tag.
Und jeder konnte ihn spüren,
der auf der Straße lag.

Sie übten sich fleißig im Schießen
und sprachen laut vom Feind
und zeigten wild über die Grenze.
Und ans haben sie gemeint.
Denn wir und sie, wir sind Feinde
in einem Krieg, den nur einer gewinnt.
Denn sie leben von uns und verrecken,
wenn wir nicht mehr die Kulis sind.
Und das ist es auch, weswegen
ihr euch nicht wundern dürft,
wenn sie sich werfen auf uns, wie der Regen
sich auf den Boden wirft.

Und wer von uns verhungert ist,
der fiel in einer Schlacht.
Und wer von uns gestorben ist,
der wurde umgebracht.
Den sie holten mit ihren Soldaten,
dem hat Hungern nicht behagt.

Dem sie den Kiefer eintraten,
der hatte nach Brot gefragt.
Dem sie das Brot versprochen,
auf den machen sie jetzt Jagd.
Und den sie im Zinksarg bringen,
der hat die Wahrheit gesagt.
Und wer ihnen da geglaubt hat,
dass sie seine Freunde sind,
der hat eben dann erwartet,
dass der Regen nach oben rinnt.

Denn wir sind Klassenfeinde,
was man uns auch immer sagt:
Wer von uns nicht zu kämpfen wagte,
der hat zu verhungern gewagt.
Wir sind Klassenfeinde, Trommler!
Das deckt dein Getrommel nicht zu!
Fabrikant, General und Junker -
unser Feind, das bist du!
Davon wird nichts verschoben,
da wird nichts eingerenkt!
Der Regen fließt nicht nach oben,
und das sei ihm auch geschenkt!

Da mag dein Anstreicher streichen,
den Riss streicht er uns nicht zu!
Einer bleibt und einer muss weichen,
entweder ich oder du.
Und was immer ich auch noch lerne,
das bleibt das Einmaleins:
Nichts habe ich jemals gemeinsam
mit der Sache des Klassenfeinds.
Das Wort wird nicht gefunden,
das uns beide jemals vereint!
Der Regen fließt von oben nach unten.
und du bist mein Klassenfeind.